



Protokoll der 38. Sitzung des Einwohnerrates

vom 18. Juni 2008, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Bernhard Fröhlich, Peter Schmied, Hanspeter Stoll

Traktanden	Laufnummer
1. Berichte des Stadtrats und der Finanzkommission betreffend Rechnung 2007 <i>://: Rechnung 2007 genehmigt.</i> <i>://: Zusatzantrag der Finanzkommission genehmigt.</i>	2008/204 2008/204a
2. Berichte des Stadtrats und der Geschäftsprüfungskommission betreffend Amtsbericht 2007 <i>://: Amtsbericht 2007 genehmigt.</i>	2008/199 2008/199a
3. Berichte des Stadtrats und der Bau- und Planungskommission betreffend Quartierplanung „Hanro-Park“ / 2. Lesung <i>://: Quartierplanvorschriften genehmigt.</i>	2007/185 2007/185a
4. Antwort des Stadtrats auf die dringliche Interpellation von Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) und Orla Oeri-Devereux (SP) betreffend Sozialhilfestopp für einen schwerstkranken Asylbewerber <i>Erledigt.</i>	2008/211
5. Bericht des Büros betreffend Ortsplanung, Teilrevision Zonenvorschriften Siedlung <i>://: Antrag der SP-Fraktion auf Gründung einer Spezialkommission Ortsplanung genehmigt.</i>	2006/118a
6. Bericht des Stadtrats zum Dringlichen Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Anschluss an die Hardwasser AG resp. an den Regionenverbund <i>Vertagt.</i>	2008/206 2008/206a
7. Bericht des Stadtrats betreffend Mutation Baulinienplan Zentrum und Stadtgraben <i>://: Genehmigt.</i>	2008/208
8. Bericht des Stadtrats betreffend Gewässerbaulinie Orisbach-Allee <i>://: Genehmigt.</i>	2008/209
9. Bericht des Stadtrats betreffend Petition „Liestal XunderwäX“ / Abklärungen und Empfehlungen <i>Vertagt.</i>	2008/210
10. Bericht des Stadtrats betreffend Konzept Stadtpolizei <i>Vertagt.</i>	-

11. Postulat von Franz Kaufmann namens der SP-Fraktion betreffend Raum für Gewerbe, Jungunternehmen und Kulturschaffende 2008/205
Vertagt.
12. Postulat von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend Mehr Kunden und weniger Parkplatzdruck dank Stedtli-Ruf-Taxi 2008/207
Vertagt.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Juni-Einwohnerratssitzung.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 21. Mai 2008

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt und verdankt.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Einwohnerratsmitglied Susanne Greiner tritt aus dem Rat zurück. Sie teilt dies in folgendem Schreiben mit: „Liebe Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Stadträtinnen und Stadträte, am 30. Juni 2004 nahm ich gespannt und etwas aufgeregt an meiner ersten Einwohnerratssitzung teil. Es war die erste Sitzung des neuen Einwohnerrates in der Amtsperiode 2004-2008. Heute, an der letzten Sitzung in dieser Amtsperiode, teile ich Euch meinen Rücktritt per Ende Amtsperiode mit. Der bevorstehende Umzug nach Bern macht diesen Schritt unumgänglich. Die Erlebnisse und Begegnungen in diesem Ratsaal, in den Kommissionssitzungen und in der SP-Fraktion haben mein Leben bereichert. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bei Euch bedanken. Ich wünsche allen weiterhin konstruktive Zusammenarbeit, viel Freude in der politischen Arbeit und persönliches Wohlergehen.“ Die Ratspräsidentin dankt Susanne Greiner im Namen des Einwohnerrats herzlich für ihren Einsatz im Rat.
- Das Büro nimmt von der Resolution der IG Rosenquartier vom 30. Mai 2008 betreffend Umsetzung des Verkehrskonzepts Kenntnis. Darin sind Forderungen an den Stadtrat zur Verkehrsführung an der Rosenstrasse formuliert.

Als **Stimmzähler/innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|------------------|------------------------------|
| - Astrid Basler | Seite FDP |
| - Regina Vogt | Seite SP, Grüne, Fraumättler |
| - Regula Nebiker | Mitte, Büro |

Neue persönliche Vorstösse

- Dringliche Interpellation von Elisabeth Augstburger namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion und Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend Sozialhilfestopp für einen schwerstkranken Asylbewerber (Nr. 2008/211);
- Postulat von Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Einführung der Begegnungszone in die Rathausstrasse mit Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen (Nr. 2008/212).

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert, entgegen den Abmachungen mit der Geschäftsprüfungskommission sei die Traktandierung des Audits der Sozialen Dienste aus terminlichen Gründen nicht erfolgt. Das Geschäft werde an der August-Sitzung des Einwohnerrats behandelt.

Traktandenliste

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) teilt mit, bei der dringlichen Interpellation, die sie und Orla Oeri-Devereux eingereicht hätten, gehe es um einen schwer kranken Mann, der aus der Sozialhilfe ausgeschlossen worden sei. Weil es sich um ein akutes Problem handle, die nächste Einwohnerrats-Sitzung aber erst im August stattfinde, seien die Interpellantinnen der Meinung, dass das Anliegen dringlich sei.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) hält fest, für die Erklärung der Dringlichkeit brauche es eine 2/3-Mehrheit.

://: Der Dringlichkeit der Interpellation wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) stellt fest, dass Orla Oeri-Devereux noch nicht anwesend sei. Sie schlage deshalb vor, die dringliche Interpellation direkt nach der Pause zu behandeln. Ausserdem seien die Traktanden Nr. 6 (Dringliches Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Anschluss an die Hardwasser AG resp. an den Regionenverbund, Nr. 2008/206) und Nr. 10 (Bericht des Stadtrats betreffend Konzept Stadtpolizei) abzusetzen, da die entsprechenden Berichte noch nicht vorlägen. Sie betrachte die Traktandenliste in dieser Form als genehmigt.

312 F.3.4.3. Finanzverwaltung, Disposition: Finanzplanung, Programme

1. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission betreffend Rechnung 2007 (Nr. 2008/204, 2008/204a)

Der Stadtrat schreibt in seinem Bericht zusammenfassend Folgendes:

Die Rechnung 2007 der Einwohnerkasse schliesst über alles gesehen positiv ab, so dass die Eckdaten (Saldo Laufende Rechnung, Bruttoinvestitionen, Finanzierungssaldo, Schuldenabbau) der Finanzstrategie 08-12 für die Jahre 2007, 2008 und 2009 eingehalten werden können. Das Gleiche gilt für den separaten Rechnungskreis Abfallbeseitigung.

Bei den Spezialfinanzierungen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden die budgetierten Saldi der Laufenden Rechnungen und der Investitionsrechnungen nicht eingehalten, da sich der Wasserbezug seit 2006 stark reduzierte.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat genehmigt die Rechnung 2007 der Stadt Liestal, bestehend aus:

Einwohnerkasse:	Laufende Rechnung, Investitionsrechnung;
Spezialfinanzierungen:	Laufende Rechnungen, Investitionsrechnungen;
Kantonale Schulanlagen:	Laufende Rechnung, Investitionsrechnung;
Finanzvermögen:	Laufende Rechnung, Investitionsrechnung;
Stadt Liestal:	Bestandesrechnung.

Die Anträge der Finanzkommission (Fiko) lauten:

1. Die Finanzkommission schliesst sich dem Antrag des Stadtrates an.
2. Zusatzantrag der Finanzkommission: Der Stadtrat wird aufgefordert, bis am 31. Dezember 2008 einen Bericht darüber zu erstellen, wie sich Aufwand und Ertrag für das Steuerinkasso zwischen Kanton (Ist-Zustand) und Stadt verhalten. Damit soll eine Entscheidungsgrundlage geschaffen werden, um über eine allfällige Rücknahme des Steuerinkassos vom Kanton an die Stadt zu diskutieren.

Fiko-Präsident Heinz Lurf (FDP) führt aus, er komme auf einige Schwerpunkte aus den Beratungen der Fiko zu sprechen. Beim ersten Punkt könne man fast von einem Kuriosum sprechen. Wasser sei ein wertvolles Gut auf dieser Erde. Wenn weniger Wasser verkauft werde, könne dies aber auch eine negative Seite haben: Die verkaufte Wassermenge sei um elf Prozent zurückgegangen. Dies habe einen Aufwandüberschuss anstelle des budgetierten Ertragsüberschusses beschert. Das Bier, das nicht mehr in Liestal gebraut werde, habe zu weniger Geld in der Wasserkasse geführt.

Die Treuhandgesellschaft ROD habe die Rechnung revidiert. Sie empfehle, den Ertragsüberschuss zu genehmigen. Die Fiko folge dieser Empfehlung. Die Zahl der Feststellungen im Management-Letter sei zurückgegangen. Die Fiko habe das Instrument der Vorfinanzierung kontrovers diskutiert und in einer Abstimmung abgelehnt, Vorfinanzierungen zu bilden. Sie folge dem Vorschlag des Stadtrates, den Überschuss von rund CHF 3,2 Mio. dem Eigenkapital zuzuschlagen. Ebenfalls länger diskutiert habe die Kommission die Abweichungen vom Investitionsprogramm. Es sei wesentlich mehr budgetiert als durchgeführt worden. Die CHF 3,2 Mio. hätten sich auf CHF 650'000.- reduziert, wenn alle Investitionen getätigt worden wären. Das Thema Regionale Musikschule habe die Fiko ebenfalls besprochen. Zurzeit treffe der Kanton im Auftrag der Vertragsgemeinden Abklärungen. Sobald der Bericht des

Kantons vorliege, werde die Fiko eine Einschaltssitzung zu dieser Thematik abhalten. Der Umfang der Steuerguthaben habe ebenfalls zu Diskussionen geführt.

Grundsätzlich freue sich die Fiko darüber, dass man einen so hohen Betrag dem Eigenkapital zuschlagen dürfe. Sie danke Stadtrat Peter Rohrbach, der die Kommissionsmitglieder durch die Rechnung geführt habe. Sie danke Bereichsleiter Thomas Kunz, der an den Fiko-Sitzungen assistiert habe, und allen Personen der Verwaltung, die die Fragen der Fiko beantwortet hätten. Sie danke auch dafür, dass die Voranschläge eingehalten worden seien, sowie allen scheidenden Mitgliedern der Fiko für ihren Einsatz.

Die Fiko habe zwei Anträge formuliert. Im ersten Antrag schliesse sie sich dem Antrag des Stadtrats an. Im zweiten Antrag gehe es um einen Zusatzantrag zum Thema Steuerinkasso, das der Kanton gegen Entgelt durchführe. Die Fiko wolle zu einer Entscheidungsgrundlage kommen, um zu überlegen, ob die Stadt das Steuerinkasso zurücknehmen solle.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, bei den kontrollierbaren Ausgaben sei die Stadt sehr genau im Budget. Auch bei der Sozialhilfe hätten sich im vergangenen Jahr keine grossen Abweichungen ergeben. Er würde gerne zuerst die Beiträge aus den Fraktionen hören und danach eventuell zu einzelnen Punkten Stellung nehmen.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) teilt mit, man gehe nun in die Detailberatung. Wenn jemand eine Gesamtbeurteilung der Rechnung abgeben wolle, könne er dies jetzt tun. Zu den einzelnen Abschnitten könnten die Ratsmitglieder zusätzlich später Stellung beziehen.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) legt dar, die Laufende Rechnung 2007 der Einwohnerkasse schliesse mit einem erfreulichen Ergebnis ab. Der Ertragsüberschuss übersteige das Budget um CHF 2,6 Mio. Zurückzuführen sei der Überschuss auf höhere Steuereinnahmen dank der guten Wirtschaftslage. Hervorzuheben sei das Einhalten des Ausgabenbudgets durch die Verwaltung. Der hohe Schuldenabbau gehe jedoch auf nicht auf den Überschuss, sondern auf nicht getätigte Investitionen zurück. Seine Fraktion empfehle, die Investitionen realistischer zu planen und stets genügend ausführungsfähige Projekte bereitzuhalten.

Bei den Spezialfinanzierungen seien die Aufwendungen wie geplant erfolgt. Der Betriebsertrag sei teilweise rückläufig. Die Investitionen seien hier ebenfalls nicht vollständig ausgeführt worden. Das sei teilweise im Zusammenhang mit dem Investitionsstau bei der Einwohnerkasse zu sehen. Generell sei festzuhalten, dass aufgeschobene Investitionen zu Nachholbedarf und indirektem Schuldenaufbau führten. Seine Fraktion erwarte, dass man die Grössen des Finanzhaushalts im laufenden Jahr wieder ins vereinbarte Gleichgewicht bringe, in die so genannte Rohrbach'sche Balance. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion stimme den Anträgen des Stadtrats und der Fiko zu.

Regula Nebiker (SP) fährt weiter, auch die SP-Fraktion freue sich über die Rechnung 2007 und schliesse sich der Beurteilung der Fiko an. Es sei kein Zufallsresultat; die kontrollierbaren Ausgaben seien gemäss Budget zustande gekommen. Die Mitarbeitenden der Stadt hätten gut, sorgfältig und kostenbewusst gearbeitet und für Verbesserungen gesorgt. Das sei auch aus dem Management-Letter ersichtlich, der weniger Feststellungen als im vergangenen Jahr enthalte. Die SP-Fraktion danke auch für die gute Rechnungsführung und transparent Berichterstattung. Sie meine, mit dem Überschuss solle man auch Geld für Projekte beiseite legen, die noch nicht realisiert seien. Sie verstehe nicht, weshalb der Stadtrat das Instrument der Vorfinanzierung, das er im vergangenen Jahr zum ersten Mal eingesetzt habe, nicht mehr verwende. Vorfinanzierungen seien zu verantworten, da die Stadt mehr Schulden als geplant zurückzahle und somit auf Kurs liege. Die SP-Fraktion freue sich auch auf den Zeitpunkt, in dem man über eine Steuersenkung reden könne. Zuerst sei es aber wichtig, die geplanten Investitionen zu tätigen.

Daniel Spinnler (FDP) gibt bekannt, die FDP-Fraktion sei grundsätzlich zufrieden mit dem guten Ergebnis der Rechnung. Die Kosten müsse man weiterhin im Griff haben. Bei den Investitionen sehe seine Fraktion auch Probleme. Leider seien sie wiederum nicht nach Plan

erfolgt. Entweder müsse man die Planung anpassen oder schauen, dass man mit ihr durchkomme. Wichtig sei, über Abweichungen zu informieren. Zu wenig zu investieren bedeute, indirekt Schulden aufzubauen. Vorfinanzierungen seien allerdings nichts anderes als eine künstliche buchhalterische Massnahme. Man würde damit das gute Ergebnis verstecken. Die Investitionen, die der Einwohnerrat beschlossen habe, würden auf jeden Fall gemacht, und zwar aus den flüssigen Mitteln. Wenn zu wenig liquide Mittel für die Investitionen vorhanden seien, müsse man wieder Geld aufnehmen. Bei der Vorfinanzierung sei auch zu bedenken, dass es sich um gebundenes Geld handle, das man für nichts anderes verwenden könne. Die FDP sei erfreut darüber, dass die Schulden geschmolzen seien. Die Spezialfinanzierungen seien im Auge zu behalten. Den Zusatzantrag der Fiko halte die FDP-Fraktion für sinnvoll. Sie schliesse sich den Anträgen an und danke Stadtrat Peter Rohrbach und seinen Leuten für die gute Arbeit.

Marie-Theres Beeler (GL) äussert, auch die Grüne Fraktion schliesse sich den Anträgen der Finanzkommission an. Sie sei erfreut über den positiven Rechnungsabschluss und anerkenne die Leistung von Stadtrat Peter Rohrbach und der Verwaltung. Das Sparpotential scheine ausgeschöpft, die Ausgabendisziplin sei hoch. Die Grüne Fraktion freue sich darüber, dass die Stadt Liestal dem Ziel beim Schuldenabbau immer näher komme. Sie halte es aber nicht für gut, dass die Stadt aufgrund nicht getätigter Investitionen über die Jahre sehr unregelmässige Ausgaben verzeichne und unregelmässig Schulden abbaue. Politisch sei dies kein gutes Signal. Deshalb stelle ihre Fraktion den Antrag, den Ertragsüberschuss nicht vollumfänglich für die Schuldentilgung zu verwenden. Der Antrag laute: „Der Ertragsüberschuss aus der Rechnung 2007 der Stadt Liestal soll angesichts der nicht realisierbaren, aber budgetierten Investitionen nicht vollumfänglich für die Schuldentilgung verwendet werden. CHF 1,5 Mio. werden als Vorfinanzierung für Projekte zur Gestaltung des städtischen Aussenraumes zurückgelegt, wie sie im Entwicklungsplan vorgesehen sind (Wasserturmplatz, Rathausstrasse).“ Es gehe um Anliegen mit einer breiten politischen Abstützung, um Liestal als attraktiven Standort und eine entsprechende Aussenraumgestaltung im Innenstadtbereich. Sie bitte um Unterstützung dieses Antrags.

Stadtrat Peter Rohrbach erläutert, der Stadtrat informiere fünf Mal zum Stand der Investitionen des laufenden Jahres: im Voranschlag, in der Rechnung, im Entwicklungsplan und dann wieder im nächsten Voranschlag und in der nächsten Rechnung. Dieses Konzept müsse man nicht ändern; es könne nur darum gehen, noch genauer in der Information zu werden. Seine Erfahrung mit dem Instrument der Vorfinanzierung sei, dass sie mehr Verwirrung gestiftet als irgendetwas genützt habe. Man dürfe nicht die Ausweisung von Zahlen und das Cash-Management miteinander verwechseln. Er wäre froh, wenn man dem Antrag der Grünen nicht zustimme, da er sich mit dieser einfachen, transparenten Rechnungslegung wohl fühle. Man könne alles kompliziert machen. Die Investitionen würden bezahlt durch Selbstfinanzierung, Nettoinvestitionen, Auflösung von Vorfinanzierungen und, wenn das alles nicht reiche, mit dem Aufnehmen eines Kredits. Im Übrigen sei er sehr froh darum, dass man solche Dinge hier diskutiere.

Jürg Holinger (GL) erklärt, es gehe den Grünen mit ihrem Antrag nicht darum, Zahlen zu verstecken, sondern darum, dass man beim Lesen der Bilanz sehe, wie die Verhältnisse seien. Dies habe auch einen politischen Hintergrund. Man schränke den politischen Handlungsspielraum ein, wenn man von der Möglichkeit der Vorfinanzierung nicht Gebrauch mache. In diesem Saal sei schon viel über Zustände im Stedtl gejammert worden. Nun verfüge man über finanzielle Mittel, die man auf die Seite legen könne, um dem Stedtl ein attraktives Umfeld zu verleihen. Man habe jetzt die Chance, das politische Signal zu setzen, dass man dafür etwas auf der Seite habe. Er wolle in zwei, drei Jahren nicht erleben, dass es bei der Diskussion über die Gestaltung der Rathausstrasse heisse, man habe kein Geld.

Daniel Spinnler (FDP) betont, die Vorfinanzierung beeinflusse nur die Buchwerte. Wenn man keine Vorfinanzierungen mache, bedeute das nicht, dass kein Geld für Investitionen vorhanden sei. Entscheidend sei nur die Liquidität dafür, was bei den Investitionen passiere. Auch

der Schuldenabbau laufe über liquide Mittel. Dazu komme, dass vorfinanzierte Anlagen auf einmal abgeschrieben würden. Dann sehe man wieder nicht, was man alles an Werten im Stedtli habe.

Regula Nebiker (SP) meint, die Votanten redeten auf zwei Ebenen. Es gebe eine finanztechnische Seite, von der Peter Rohrbach und Daniel Spinnler gesprochen hätten. Der Einwohnerrat müsse aber eine politische Gewichtung vornehmen, also entscheiden, wie er den Überschuss einsetze und wo er die Schwergewichte setze. Auch eine Rechnung könne man politisch diskutieren. Man müsse sich gut überlegen, ob man nicht im Sinne des Votums von Jürg Holinger ein politisches Signal setzen wolle. Seit den neunziger Jahren habe man das Problem, dass man wichtige Dinge wie die Erneuerung des Stadtbilds aus finanziellen Gründen habe verschoben habe.

Stadtrat Peter Rohrbach bemängelt, man tue nun so, als ob man über das Cash-Management verbindlich festlege, was man investiere. Dem sei nicht so. Für die Investitionen bestehe eine transparente Planung. Der Einwohnerrat habe genehmigt, was wann gebaut werde. Die Krücke Vorfinanzierung habe darauf keinen Einfluss. Er frage sich, ob kein Vertrauen in das Investitionsprogramm bestehe.

Daniel Spinnler (FDP) sagt, er habe den Antrag der Grünen Fraktion so verstanden, dass man keine Schulden abbauen und dafür Vorfinanzierungen bilden solle. Das sei aber nicht möglich.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) schlägt vor, mit der Detailberatung zu beginnen und abschnittsweise vorzugehen.

Heinz Lurf (FDP) erinnert an den Antrag 2 der Fiko. Es gehe der Kommission darum, bis Ende Jahr einen Bericht zum Thema Steuerinkasso zu haben, damit sie über die Thematik diskutieren könne. Er mache beliebt, dem Antrag zuzustimmen.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, sie bringe zuerst den Antrag des Stadtrats und den Antrag 1 der Fiko zur Abstimmung, die identisch seien, anschliessend den Zusatzantrag der Fiko und dann den Antrag der Grünen Fraktion.

Marie-Theres Beeler (GL) hält entgegen, ihre Fraktion wünsche, dass zuerst über ihren Antrag abgestimmt werde, da er Auswirkungen auf den Antrag des Stadtrats hätte.

://: Der Antrag der Grünen Fraktion, den Ertragsüberschuss aus der Rechnung 2007 nicht vollumfänglich für die Schuldentilgung zu verwenden und stattdessen CHF 1,5 Mio. als Vorfinanzierung für Projekte zur Gestaltung des städtischen Aussenraumes zurückzulegen, wird mit 10 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Corinne Ruesch (GL) fügt hinzu, da dieser Antrag abgelehnt worden sei, stelle sie einen Gegenantrag, der die Vorfinanzierung beschlossener Projekte beinhalte. Wenn es um bereits Beschlossenes gehe, entstehe vielleicht weniger Unbehagen. Der Antrag laute: „Der Ertragsüberschuss aus der Rechnung 2007 der Stadt Liestal soll angesichts der nicht realisierten, aber budgetierten Investitionen nicht vollumfänglich für die Schuldentilgung verwendet werden. Stattdessen sollen Vorfinanzierungen für die drei bereits vom Einwohnerrat bewilligten Projekte Steinenbrüggli mit CHF 410'000.-, Kasinobrücke mit CHF 500'000.- und Ersatzfahrzeug Mitsubishi mit CHF 220'000.- gebildet werden.“

Stadtrat Peter Rohrbach meint, dieses Beispiel zeige, wie Vorfinanzierungen verwirren würden. Das Steinenbrüggli sei vorfinanziert. Er wäre dankbar, wenn der Rat auch diesen Antrag ablehne.

Corinne Ruesch (GL) erwidert, dann nehme sie das Thema Steinenbrüggli aus dem Antrag heraus.

://: Der Antrag von Corinne Ruesch, Vorfinanzierungen für die zwei vom Einwohnerrat bewilligten Projekte Kasinobrücke mit CHF 500'000.- und Ersatzfahrzeug Mitsubishi mit CHF 220'000.- zu bilden, wird mit 8 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

://: Der Zusatzantrag der Finanzkommission, dass der Stadtrat bis 31.12.08 einen Bericht darüber vorlegen soll, wie sich Aufwand und Ertrag für das Steuerinkasso zwischen Kanton und Stadt verhalten, wird einstimmig genehmigt.

://: Die Rechnung 2007 wird mit 27 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme bei 4 Enthaltungen genehmigt.

313 G.2.2.4. Behörden: Gemeinderat

**2. Berichte des Stadtrats und der Geschäftsprüfungskommission
betreffend Amtsbericht 2007 (Nr. 2008/199, 2008/199a)**

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) schreibt in ihrem Bericht zusammengefasst Folgendes:

Der ISO-Zertifizierungsprozess der Stadtverwaltung beanspruchte neben den regelgerechten Aufgaben und Tagesgeschäften im Berichtsjahr viel Energie und Aufmerksamkeit. Dass die Stadt als erste Gemeinde im Kanton diese Zertifizierung ohne Vorbehalte erlangt hat, würdigt die GPK als grosse Leistung. Qualitätssichernde Strukturen und Prozesse haben auch bei lauernden Papiertigern immer positive Auswirkungen. Der Stadtrat hat mit viel Einsatz seine Departemente geführt und folgerichtige Schritte für die Stadtentwicklung getan.

Hinter allen kleinen Schritten, hinter reibungsarmen Verwaltungsabläufen und Kundenkontakten, hinter einem soliden Schulbetrieb, nicht zu reden von „grossen Würfeln“ der Politik, steckt eine enorme Fein- und Fleissarbeit, die die Allgemeinheit kaum oder nicht wahrnimmt. Wir wollen sie an dieser Stelle hervorheben und dem Stadtrat sowie allen Mitarbeitenden der Stadt, angestellt oder ehrenamtlich, führend oder ausführend, bestens dafür danken.

Der Antrag der Geschäftsprüfungskommission lautet:

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, den Amtsbericht 2007 zu genehmigen.

GPK-Präsidentin Claudia Roche (SP) betont, der aktuelle Amtsbericht sei sauber verfasst. Die GPK habe geprüft, ob und wie die angekündigten Pläne in die Tat umgesetzt worden seien. Die Departemente hätten in unterschiedlichem Umfang berichtet. Allzu knappe Darstellungen seien für die GPK unbefriedigend gewesen und hätten Fragen ausgelöst. Ein Beispiel sei das Erfassen des Zustands der Gemeindestrassen: Die Kommission interessiere nicht nur das Ergebnis, sondern auch die qualitative Bewertung durch die Fachleute. Mit dem Bildungs-Departement habe sich die GPK genauer auseinandergesetzt. Die Kommission empfehle der nächsten GPK, die Regionale Musikschule in einigen Monaten genauer anzuschauen.

Die GPK habe das Audit der Sozialen Dienste eingefordert und sei ungehalten darüber, dass es nicht auf dem Tisch liege. Bezüglich der weiteren Punkte verweise sie auf ihren Bericht. Bei der Prüfung des Amtsberichts 07 habe die Kommission keine gravierenden Mängel festgestellt. Allen Beteiligten danke sie für ihre Arbeit. Sie selbst danke ihren Kolleginnen und Kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit. Die GPK stelle einstimmig den Antrag, den Amtsbericht 07 zu genehmigen.

Vreni Wunderlin (FDP) teilt mit, Sabine Sutter und sie dankten Claudia Roche für die gute Kommissionsleitung. Bei der Besprechung des Amtsberichts wäre es eine Erleichterung gewesen, wenn man überall das Jahresprogramm als Basis hätte hinzuziehen können. Die FDP-Fraktion sei der Meinung, dass dieser Amtsbericht wesentlich besser sei als seine Vorgänger. Es habe aber auch kritische Stimmen gegeben. Ein Thema sei gewesen, ob alle politischen Geschäfte in den Amtsbericht gehörten. Die FDP-Fraktion stimme dem Antrag der GPK zu.

Hans Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP) erinnert an die Kritik am Amtsbericht 06 vor einem Jahr. Der Amtsbericht 07 sei sauber verfasst und gut verständlich. Er fühle sich als Einwohnerrat wieder ernst genommen und bedanke sich bei allen, die zum guten Gelingen des

Amtsberichts 07 beigetragen hätten. Seine Fraktion beantrage, den Amtsbericht 07 zu genehmigen.

Erika Eichenberger (GL) führt aus, sie danke im Namen ihrer Fraktion der GPK für den ausführlichen Bericht, dem die Grüne Fraktion in allen Punkten zustimme. Sie genehmige den Amtsbericht 07 einstimmig. Auch ihre Fraktion sähe gerne alle Punkte aus dem Jahresprogramm im Amtsbericht qualitativ behandelt. Eine ausgewogene Berichterstattung aus allen Departementen halte sie für wünschenswert. Sie habe aber keine gravierenden Mängel im Amtsbericht ausgemacht. Viele Ziele seien teilweise oder ganz erreicht worden, vieles sei im Fluss. Die Grüne Fraktion danke den Angestellten der Verwaltung für den Einsatz.

Ihre Fraktion sei der Meinung, dass das Standortmarketing aktiv voranzutreiben sei und erwarte hier Projekte. Sie halte es für wichtig, beim Audit der Sozialen Dienste den Zeitplan einzuhalten, da es darum gehe, Schwachstellen aufzudecken. Die Grüne Fraktion erwarte mit Spannung den Bericht des Stadtrats zur Polizei. Bei der Jugendkommission sei es offensichtlich, dass sie zu weit weg von den Jugendlichen sei, um partizipative Projekte zu initiieren. Deshalb erwarte man den Bericht der Juko zum Bedarf an einem Jugendbeauftragten. Die Grüne Fraktion freue sich über den hohen Qualitätsstandard bei der Primarschule Liesetal. Die Lehrpersonen sollten mit günstigen Rahmenbedingungen unterstützt werden. Eine gute Schule stehe und falle mit motiviertem Personal.

Regula Nebiker (SP) fügt hinzu, die SP-Fraktion schliesse sich dem Bericht der GPK voll und ganz an. Der Amtsbericht 07 gebe ein gutes Bild der Arbeit in der Verwaltung wieder. In dieser Form eigne sich der Amtsbericht auch für die Öffentlichkeit. Die Kommission habe gute Arbeit geleistet und interessante Fragen aufgeworfen. Es falle auf, dass einzelne Bereiche ihre Arbeit konkreter darstellten als andere. Das sei schade, denn durch eine knappe Berichterstattung könne gute Arbeit nicht als solche wahrgenommen werden. Das zeige sich in den Bereichen Jugendpolitik und Sicherheit. Ihre Fraktion erwarte deshalb dringend substantielle Vorlagen aus diesen Bereichen. Sie schliesse sich dem Dank für die grosse geleistete Arbeit der Verwaltung an und stimme dem Antrag der GPK zu.

Hans Brodbeck (FDP) berichtet, in der FDP-Fraktion habe auch eine kritische Diskussion zum Amtsbericht stattgefunden. Die GPK stelle fest, dass einige Departemente ausführlicher berichteten als andere und dass sie mehr Ausgewogenheit wünsche. In der FDP habe man sich gefragt, ob ein längerer Amtsbericht sinnvoll wäre. Man habe sich auch gefragt, ob die 70 Fragen tatsächlich zum Amtsbericht gehörten, denn letztlich gehe es um Vergangenheitsbewältigung. Einige Fragen sähe ein Teil der FDP-Fraktion lieber Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan, dem Voranschlag oder dem Jahresprogramm, allenfalls mit der Rechnung. Bei allen Dokumenten bestehe die Tendenz zu mehr Umfang. Es brauche aber auch Leute, die das ausführen würden, was in den Dokumenten stehe, und Leute, die das alles lesen würden.

Stadtrat Peter Rohrbach erläutert, in diesem Jahr hätten nicht nur die Mitglieder der Finanzkommission, sondern alle Einwohnerratsmitglieder eine ausführliche Version der Rechnung erhalten, damit man auf der gleichen Ebene miteinander diskutieren könne. Die Rechnung sei also nicht umfangreicher geworden, sondern man habe nur mehr Papier ausgedruckt.

GPK-Präsidentin Claudia Roche (SP) bemerkt, sie sei überrascht, dass die Bemerkung im GPK-Bericht über die Ausführlichkeit der Berichterstattung der Departemente so viel Gewicht erhalten habe. Sie sei überzeugt, dass sich die perfekte Form nicht finden lasse, weil die Beurteilung des Amtsberichts jedes Jahr auf andere Weise geschehe. Dort, wo es der GPK zu knapp gewesen sei, habe sie viele Fragen gestellt. Sie persönlich wünsche sich grundsätzlich eher ausführliche Berichte, denn der Amtsbericht gehe an die Bevölkerung und sei eine Visitenkarte der Stadt.

://: Der Amtsbericht 2007 wird einstimmig genehmigt.

314 B.1.3.2. Ortsplanung: Überbauungs-, Erschliessungs- und Quartierpläne

3. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Quartierplanung „Hanro-Park“/2. Lesung (Nr. 2007/185, 2007/185a)

Die Bau- und Planungskommission (BPK) informiert in ihrer Vorlage zusammengefasst folgendermassen:

Obwohl für dieses Areal erst im Jahr 2000 ein Quartierplan beschlossen wurde, liegt nun bereits ein Begehren vor, diesen abzuändern. Der Grund liegt darin, dass sich die Umnutzung und Vermarktung der bestehenden Gewerbebauten als schwer durchsetzbar gestalten. Zudem ist die Erschliessung des Areals als Gewerbegebiet ungeeignet. Nun soll im südlichen Teil eine Wohnüberbauung von insgesamt ca. 200 Wohneinheiten für gehobene Wohnansprüche im mittleren und oberen Wohnsegment sowie die Möglichkeit zur Schaffung von Geschäftsflächen für kleinere Bürobetriebe und der notwendigen Parkierungsflächen realisiert werden. Marktstudien zeigten, dass diesbezüglich eine grosse Nachfrage besteht. Im Gegensatz zu andern - in letzter Zeit vom Einwohnerrat beschlossenen Quartierplanungen - ist im vorliegenden Fall der Investor vorhanden, welcher bereit ist, so rasch als möglich sein Vorhaben zu realisieren. Insgesamt wird ein Bauvolumen von rund 100 Mio. Franken ausgelöst.

Die Anträge der BPK lauten:

1. Die Quartierplanvorschriften „Hanro-Park“ 2007, bestehend aus a) Quartierplan-Reglement (mit Änderung unter Antrag 2) und b) Teil-Plänen (Nr. 1: Bebauung, Aussenraum und Etappierung; Nr. 2: Erschliessung, Ver- und Entsorgung; Nr. 3: Gebäude- und Terrainprofile, Schnitte) werden beschlossen.
2. § 9, Abs. 2, wird wie folgt ergänzt: „Der Minergie-Standard oder ähnliche Energiebewirtschaftung ist anzustreben.“

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, dass der Einwohnerrat heute die zweite Lesung des Geschäfts durchführe. Falls die Vorlage in der Abstimmung keine Vier-Fünftel-Mehrheit erreiche, führe dies zu einer Volksabstimmung.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) erläutert, in der Zwischenzeit hätten die verlangten Gespräche stattgefunden. Die Bau- und Planungskommission sei über die Gespräche informiert worden und habe auch jetzt keine Argumente gegen das Geschäft vorzubringen. Der Quartierplan besitze wirtschaftliche Tragweite für Liestal, da er ein grosses Investitionsvolumen auslöse. Er beantrage, in zweiter Lesung dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen. Es gehe nur noch um diesen Antrag, da das Reglement im Sinne des Zusatzantrags der BPK bereinigt worden sei.

Stadtrat Ruedi Riesen legt dar, in den Jahren 2000 und 2001 habe der Einwohnerrat den Quartierplan Hanro behandelt und verabschiedet. Er habe aber nicht realisiert werden können und sei jetzt veraltet. Deshalb liege ein neuer Plan vor, den die BPK intensiv beraten habe und befürworte. Eine Architektengruppe habe zusammen mit dem Investor Marktstudien durchgeführt, die überzeugt hätten. Es werde kein Wohnungsbau auf Vorrat betrieben. Etappierungsmöglichkeiten seien vorhanden. Im Januar dieses Jahres sei Opposition aus den Reihen des Einwohnerrats entstanden. Auch die Mieter aus dem Hanro-Areal hätten sich gemeldet. Inzwischen hätten zwei Gespräche zwischen Vertretern der Stadt und einer Delegation der Mieter zur Situation der Mieter stattgefunden. Die Investoren seien beide Ma-

le nicht dabei gewesen. An der ersten Lesung sei im Einwohnerrat auch moniert worden, dass Liestal immer mehr Gewerbezone verliere. Der Raum sei tatsächlich knapp. Der alte Gewerberaum Hanro sei aber aufgrund der ungenügenden Infrastruktur keine Option. Deshalb empfehle der Stadtrat, den vorliegenden Quartierplan zu genehmigen. Die Investoren seien auf diese Sicherheit angewiesen. Sie würden sich mit den Mietern zusammensetzen, sobald der Quartierplan genehmigt sei, um mit ihnen über die Etappierung zu reden.

Regina Vogt (FDP) teilt mit, die FDP-Fraktion befürworte den Quartierplan grossmehrheitlich. Nach der ersten Lesung seien einige Fragen offen gewesen, auf die Stadtrat Ruedi Riesen nun eingegangen sei. Beim neuen Hanro-Plan handle sich um ein hoffnungsvolles Projekt, hinter dem Investoren stünden. Eine Grundlagenforschung für gehobene Wohnqualität sei die Ausgangslage gewesen. Es sei schon viel Geld investiert worden. Man habe sich auch Gedanken über die Anbindung an den öffentlichen Verkehr gemacht. Die FDP-Fraktion erachte diese grosszügige Anlage als interessantes, wertvermehrendes Gebiet. Das Gewerbe sei ihrer Fraktion sehr wichtig. Die Stadt habe bereits am 26. Juni 2008 ein Treffen zwischen der Verwaltung und Grundeigentümern im Oristal zum Thema Gewerbezone arrangiert. Die Gewerbetreibenden im Hanro-Areal hätten gewusst, dass ein Umzug unvermeidlich sei. Sie hätten noch ein ganzes Jahr Zeit, um sich zu organisieren. Ihre Fraktion bitte um Zustimmung zu diesem Projekt. Es bringe Liestal viele Vorteile.

Peter Furrer (SVP/CVP/EVP) stellt fest, dass alle Fragen, die nach der ersten Lesung offen geblieben seien, geklärt worden seien. Deshalb stimme seine Fraktion grossmehrheitlich dem Quartierplan zu.

Jürg Holinger (GL) sagt, auch die Grüne Fraktion stimme dem Geschäft zu. Es gelte abzuwägen zwischen der einmaligen Chance, Wohnraum für Familien in schöner Umgebung zu erhalten, und einer ungewissen Zukunft für das Areal. Er nehme eine Verzögerungstaktik wahr, die in seinen Augen nicht aufgehe. Seine Fraktion sei davon überzeugt, dass man das gute Projekt umsetzen solle, bevor die Investoren davonmarschieren würden. Es gebe individuell berechnete Anliegen, sie sollten aber nicht das Projekt kippen.

Philipp Senn (SP) äussert, er schliesse sich den Vorvoten an. Die Aufgabe des Einwohnerrats im Bereich von Quartierplänen sei das Schaffen von optimalen Rahmenbedingungen für zukunftsorientierte Bauprojekte. Die BPK habe sich um die technischen Details gekümmert und die Anregungen aus der ersten Lesung aufgenommen. Es liege ein guter Quartierplan vor. Der Einwohnerrat habe seine Pflicht erfüllt. Es sei nicht seine Aufgabe, sich in privatrechtliche Angelegenheiten einzumischen. Der Stadtrat komme mit seiner Mediationsfunktion den Konfliktparteien in überdurchschnittlicher Masse entgegen. Die Problematik der Knappheit an Gewerbe- und Kulturraum sei erkannt. Man könne dem Quartierplan mit gutem Gewissen zustimmen.

Walter Leimgruber (SP) hält fest, er stehe dem Projekt nach wie vor kritisch gegenüber. Bei den erwähnten Gesprächen sei er dabei gewesen. Wenn er nicht mit den Problemen der Mieter im Hanro-Areal in Kontakt gekommen wäre, hätte er das Geschäft durchgewunken. Das Projekt finde er an sich gut. Er zweifle aber am Bedarf an solchen Wohnungen. Er hätte sich ausserdem gewünscht, dass dieses Gebiet wie andere Industriebrachen umfunktioniert würde, beispielsweise wie das Gundeldingerfeld in Basel. Dort seien die Bedürfnisse durch die Zwischennutzung erkannt worden. So vorzugehen, sei mit diesem Quartierplan allerdings nicht mehr möglich. Er werde sich weiterhin der Stimme enthalten.

Sabine Sutter (FDP) berichtet, auch sie sei an den Gesprächen dabei gewesen. Sie habe Verständnis für den Wunsch der Mieter, dort zu bleiben. Man finde eine durchmischte Gesellschaft im Hanro-Areal, zum Beispiel eine Schule, KMU und kulturelle Einrichtungen. Gerade in diesem Gebiet befänden sich derzeit viele leere Wohnungen. Sie verstehe nicht, dass dort 200 Wohnungen für gehobene Ansprüche gebaut werden müssten. Sicher hätten die Mieter gewusst, dass ihre Verträge bis Ende 2009 laufen würden. Der Grundeigentümer

habe aber auch gewusst, dass er nur bauen könne, wenn der Einwohnerrat dem Quartierplan zustimme. Sie sei gegen diesen Quartierplan, denn sie sei der Meinung, dass man in Liestal auch zu den KMU Sorge tragen müsse. Vielleicht sei ein Nein eine Chance für etwas Neues und Gutes.

Stadtrat Ruedi Riesen meint, das Gundeldingerfeld in Basel sei nicht vergleichbar mit der Situation im Hanro-Areal. Das Hanro-Areal würde eine überproportional starke Investition benötigen, um die alten Gebäude zu retten. Ausserdem seien der Hochwasserschutz und die feuerpolizeilichen Vorschriften nicht gewährleistet. Zum Argument, dass es dort nicht mehr Wohnungen brauche, sei zu sagen, dass die Wohnungen in der Umgebung einen ganz anderen Standard hätten. Die Investoren hätten Studien zum Bedarf an gehobenem Wohnstandard durchgeführt. Es handle sich um eine der schönsten Wohnlagen in Liestal. Was die Gewerbezone Oristal betreffe, so mache die Stadt hier nicht etwa leere Versprechungen, sondern gehe dieses Thema in Zusammenhang mit der Ortsplanung an. Das Gebiet sei total unternutzt, man könne dort drei Mal mehr bauen. Das Oristal werde ausserdem durch den Zentrumsanschluss sehr gut erreichbar sein. Er bitte nochmals, diese schöne Wohnanlage gutzuheissen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP) führt aus, nach wie vor vermisse er eine Erschliessungsstrasse nach Südost, um das Gebiet aufzuwerten. Es sei einmal die Idee da gewesen, diese Gewerbezone zu erweitern. Diese Chance gelte es seiner Meinung nach wahrzunehmen. Dies wäre nicht nur Sache der Investoren, sondern auch der Stadt Liestal. Er sei vor einigen Jahren froh gewesen, als er eine alte Geschäftsliegenschaft habe erwerben und so ein Geschäft aufziehen können. Es gebe kleine, mittlere und grosse Unternehmen. Viele von ihnen seien auf Räume zu adäquaten Preisen angewiesen. Zurzeit sei solcher Raum im Hanro-Areal zu haben. Diesem Quartierplan könne er nicht zustimmen. Er sei überzeugt, dass es eine Möglichkeit gebe, um für das Gewerbe noch mehr zu tun. Er wolle dieses Gebiet gerne aufwerten.

Regina Vogt (FDP) fügt hinzu, Walter Leimgruber habe gesagt, er sei nicht grundsätzlich gegen den Quartierplan, die Bedürfnisse des Gewerbes sprächen aber dagegen. Sie halte es aber nicht für fair, einen solchen Quartierplan scheitern zu lassen und dabei die Rechtsgrundlage, nämlich die befristeten Mietverträge, zu missachten. Wenn keine Vier-Fünftel-Mehrheit zustande komme, fühle sie sich für dieses Partikulardenkmal nicht verantwortlich.

://: Die Quartierplanvorschriften Hanro werden mit 28 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen in zweiter Lesung genehmigt.

315 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

4. Antwort des Stadtrats auf die dringliche Interpellation von Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) und Orla Oeri-Devereux (SP) betreffend Sozialhilfestopp für einen schwerstkranken Asylbewerber (Nr. 2008/211)

Die dringliche Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Dringliche Interpellation betreffend Sozialhilfestopp für einen schwerstkranken Asylbewerber

Im September 2006 bittet der kranke Daniel N. (Name geändert) um Asyl. Er stamme aus Sierra Leone, komme aus Nigeria, wohin seine Familie 15 Jahre zuvor flüchten musste. Das Kantonsspital Liestal diagnostiziert ein schweres Nierenleiden und bestellt ihn wöchentlich zur ambulanten Therapie. Sein Asylgesuch wird abgelehnt. Trotz schlechter Gesundheit wird er ins Ausschaffungsgefängnis gebracht. Dort gerät er in einen lebensbedrohlichen Zustand und kann nur dank notfallmässiger Überweisung ins Kantonsspital Liestal gerettet werden. Neben der fortgeschrittenen Nierenerkrankung wird nun auch der schwere Diabetes erkannt. Es folgten verschiedene stationäre Behandlungen. Seither ist Daniel N. im Wohnzentrum für Asylbewerber der Stadt Liestal untergebracht. Er steht unter konstanter medikamentöser Therapie und braucht regelmässige Kontrolluntersuchungen. Die Nierenfunktion hat sich trotzdem verschlechtert. Seit dem 28. Mai 2008 muss er sich nun dreimal wöchentlich einer Dialyse unterziehen.

Trotzdem ist das Gesuch um vorläufige Aufnahme in der Schweiz durch die Instanzen abgelehnt worden, weil das Bundesamt für Migration die beigebrachten Dokumente nicht als Identitätsnachweis akzeptiert. Aus diesem Grund erachtet es dieses Amt als unnötig zu überprüfen, ob Daniel N. auch ausserhalb der Schweiz medizinisch behandelt werden kann. Auf Beschwerde seines Anwalts hin forderte das Europäische Gericht für Menschenrechte in Strassburg mit Zwischenentscheid vom 7. Mai 2008 die Schweiz auf, für die Dauer des dortigen Verfahrens von einer Wegweisung abzusehen. Das Bundesamt für Migration hat dem sofort entsprochen. Trotzdem wurde Daniel N. nun per 1. Juni 2008 von der kantonalen Sozialhilfe ausgeschlossen mit der Begründung, das Asylgesuch sei abgelehnt und die Ausreisefrist rechtskräftig. Bei Mittellosigkeit soll er einen Antrag auf Nothilfe stellen. Arbeiten darf Daniel N. als abgewiesener Asylsuchender nicht, aus Krankheitsgründen wäre ihm das auch nicht möglich. Er muss sich aufgrund der schweren Diabetes und der Nierenerkrankung an eine strenge Diät halten. Mit CHF 8.00 pro Tag ist dies schlichtweg unmöglich.

Wir bitten um Beantwortung sämtlicher Fragen:

1. Hat der Stadtrat Kenntnis von dieser Situation?
2. Was wurde wann von der Stadt Liestal bzw. Sozialhilfebehörde für den Fall Daniel N. unternommen? Chronologischer Ablauf.
3. Wird der Stadtrat beim Kanton intervenieren, damit die Sozialhilfe weiter ausbezahlt werden kann?
4. Hat der Stadtrat Kenntnis darüber, wer für die Finanzierung über den Nothilfebetrag hinaus zuständig ist (Gemeinde, Kanton oder Bundesamt für Migration)?
5. Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Stadtrat in dieser schwierigen Situation?

Elisabeth Augstburger, SVP/CVP/EVP
Orla Oeri-Devereux, SP
17. Juni 2008

Stadtpräsidentin Regula Gysin weist darauf hin, dass grundsätzlich die Sozialhilfebehörde für das Asylwesen zuständig sei. Sie sei eine selbständige Behörde. Der Stadtrat sei deshalb nicht befugt, auf ihre Angelegenheiten Einfluss zu nehmen. Die Fragen der dringlichen Interpellation beantworte sie wie folgt:

1. Der Fall sei ihr bekannt, da sie als delegiertes Stadratsmitglied über die Arbeit der Sozialhilfebehörde orientiert sei. Es habe ausführliche Diskussionen zu diesem Thema gegeben. Mit dem Betrag von acht Franken täglich müsse zum Beispiel auch eine stillende Mutter zurechtkommen. Das sei eine Tatsache, was immer man darüber denke. In einer Volksabstimmung sei beschlossen worden, dass Personen, die keine Aufenthaltsbewilligung erhielten, auf diesen Betrag gestellt würden.
2. Die Sozialhilfebehörde habe kürzlich den Beschluss gefasst, dass eine Verfügung ausgestellt werde. Gegen die Verfügung könne der Anwalt des Betroffenen Beschwerde einreichen. Die Behörde habe sich auch überlegt, wie man unabhängig von dieser Verordnung helfen könne. Der betreffende Asylbewerber müsse drei Mal pro Woche nach Liestal ins Spital zur Dialyse. Deswegen habe der Kanton diesen Mann Liestal zugewiesen. Derzeit werde abgeklärt, ob der Kranke nicht im Spital die für ihn notwendige Spezialnahrung bekommen könne oder über die Spitex. Hier seien aber der Kanton und der Bund gefordert. Die Stadt dürfe nicht mehr als die acht Franken pro Tag bezahlen.
3. Die Asylverordnung sei seit Anfang Jahr in Kraft. Darin sage der § 12, medizinisch bedingt könne man einen grösseren Betrag einsetzen. Dies müsse aber nicht die Stadt Liestal, sondern der Kanton bewilligen.
4. Sie verweise auf die vorhergehenden Antworten.
5. Wenn die Sozialhilfebehörde einen Brief an den Kanton schreibe, werde der Stadtrat dies unterstützen. Es käme immer öfter zu solchen Situationen. Der Stadtrat nehme diese Angelegenheit ernst. Es handle sich um eine menschliche Tragödie. Man sei darauf angewiesen, dass der Kanton die erwähnte „Kann“-Formulierung ausschöpfe.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) sagt, sie danke Stadtpräsidentin Regula Gysin und dem Präsidenten der Sozialhilfebehörde, Werner Spinnler, für das Engagement im Sozialbereich. Es sei ihr bewusst, dass diese Situation eine Auswirkung des verschärften Ausländergesetzes sei. Es gehe darum, eine Lösung zu finden. Sie meine, auch die Gemeinden müssten einen Ermessensspielraum haben, um die Sozialhilfeleistungen weiter auszahlten. Leider sehe die kantonale Asylverordnung keine Ausnahme bei Härtefällen vor. Sie werde sich auch im Landrat einbringen, damit man in Zukunft bei Härtefällen zu menschenwürdigen Lösungen komme.

Orla Oeri-Devereux (SP) hält fest, sie sei nicht ganz zufrieden mit der Antwort. Bezüglich des chronologischen Ablaufs sei sie nicht klüger geworden. Sie finde es bedenklich, dass das europäische Gericht für Menschenrechte in Strassburg sechs Monate nach der Umsetzung des neuen Gesetzes in Liestal interveniere. Sie finde es auch bedenklich, dass der Bund bereit gewesen sei, einen schwerkranken Menschen nach Hause zurückzuschicken, ohne abzuklären, ob dort die medizinische Versorgung sichergestellt sei. Sie habe sich von der Antwort des Stadtrats mehr erwartet, nämlich, dass er die Bereitschaft zeige, politisch etwas zu unternehmen. Es gebe Möglichkeiten, beispielsweise, bei der Regierung, im Landrat oder auch im Parlament in Bern etwas zu deponieren.

Elisabeth Spiess (GL) berichtet, sie arbeite im Asylwesen. Es gebe immer wieder Härtefälle. In erster Linie müsse man sich ans Gesetz halten, dann aber auch Nottfälle beachten. Es sei wichtig, das Thema politisch zu debattieren, nicht nur hier im Einwohnerrat, sondern auch im Landrat und Nationalrat. Das Volk habe einen Entscheid getroffen, ohne sich bewusst zu

sein, dass es einen Ermessensspielraum brauche. Sie sei der Meinung, dass man deshalb nochmals grundsätzlich über die Bücher gehen müsse. Es gebe mehr als genug Fälle von Menschen, die von dieser Nothilfe nicht existieren könnten. Die Frage sei dann jeweils, wer den Mehraufwand finanziere. Liestal könne mit dem Kanton nur die Nothilfe abrechnen. Es dürfe nicht sein, dass Bund und Kantone sich auf Kosten der Gemeinden gesund sanieren würden. Es sei aber klar, dass man in Liestal dafür sorgen müsse, dass diese Leute ein menschenwürdiges Dasein hätten.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert, das kantonale Sozialamt habe am 19. Mai 2008 mitgeteilt, dass der betreffende Asylbewerber per 01. Juni 2008 Anspruch auf acht Franken pro Tag habe, da ein Wegweisungsbeschluss bestehe. Am 12. Juni 2008 habe die Sozialhilfebehörde beschlossen abzuklären, wie eine zweckmässige Ernährung ohne Bargeld-Auszahlung sichergestellt werden könne.

Somit ist die Interpellation erledigt.

316 B.1.3.1. Ortsplanung: Allgemeine Akten

5. Bericht des Büros betreffend Ortsplanung, Teilrevision Zonenvorschriften Siedlung (Nr. 2006/118a)

Das Büro des Einwohnerrats teilt in seiner Vorlage zusammengefasst Folgendes mit:

Der Einwohnerrat überwies die Vorlage über die Revision der Ortsplanung am 1. November 2006 einstimmig zur Beratung an die Bau- und Planungskommission. Hanspeter Meyer, der Präsident der BPK, beendet sein Amt Mitte 2008. Weitere Kommissionsmitglieder werden dem neuen Gremium nicht mehr angehören. Angesichts dieser Ausgangslage ist die BPK der Auffassung, dass dieses Geschäft im Interesse der Sache noch vom bisherigen Gremium zu Ende beraten werden soll; dies sollte aufgrund des heutigen Standes der Beratungen bis August/September 2008 der Fall sein.

Der Antrag des Einwohnerratsbüros lautet:

Das Büro des Einwohnerrats beantragt, dass die im Amt tätige Bau- und Planungskommission ihre Beratungen der Vorlage Nr. 2006/118 über den Legislaturwechsel hinaus zu Ende führt.

Regula Nebiker (SP) legt dar, in der SP-Fraktion habe man den Antrag des Büros diskutiert. Die Idee leuchte ein. Es würden dann allerdings zwei Bau- und Planungskommissionen parallel laufen. Man habe sich gefragt, ob durch diese Doppelspurigkeit nicht ein rechtliches Problem entstehe. Deshalb stelle die SP-Fraktion den Antrag, eine Spezialkommission zu gründen, die die Revision der Ortsplanung zu Ende bringe. Sie bestehe aus den Mitgliedern der jetzigen BPK und löse sich nach Erfüllung ihres Auftrags auf. Das Büro würde die Spezialkommission an der nächsten Einwohnerrats-Sitzung wählen. Die normale BPK werde als ständige Kommission neu gewählt.

Pascal Porchet (FDP) äussert, er könne den Ausführungen folgen und mache beliebt, diese Kommission zu bilden, um das Ortsplanungs-Reglement zu einem guten Ende zu führen.

Jürg Holinger (GL) fügt hinzu, seine Fraktion schliesse sich dem an.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) teilt mit, der Antrag der SP-Fraktion laute: „Es ist eine Spezialkommission zu gründen mit dem Auftrag, die Beratung der Ortsplanung zu Ende zu bringen. Sie besteht aus den Mitgliedern der jetzigen BPK und löst sich spätestens Ende 2008 auf. Sie wird vom Büro nach der konstituierenden Sitzung gewählt.“ Das Büro ziehe seinen Antrag zurück.

://: Der Antrag der SP-Fraktion, die Spezialkommission Ortsplanung zu gründen, wird einstimmig genehmigt.

317 S.2.4. Strassen, Wege, Trottoirs

7. Bericht des Stadtrats betreffend Mutation Baulinienplan Zentrum und Stadtgraben (Nr. 2008/208)

Der Stadtrat schreibt in seinem Bericht zusammenfassend Folgendes:

In der baulichen Stadtentwicklung ist die Poststrasse als Geschäftsstrasse vorgesehen. An der Poststrasse Nr. 14/14a besteht ein Bauvorhaben für einen Anbau an das bestehende Gebäude. Dabei entsteht ein Konflikt mit einer bestehenden Baulinie. Mit der vorgesehenen Mutation werden sowohl das Bauvorhaben an der Poststrasse ermöglicht als auch die ursprünglichen Planungsziele beibehalten, insbesondere die Freihaltung des dahinter liegenden Gartenbereichs an der Seestrasse resp. des Orisbachs.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Der Einwohnerrat beschliesst die Mutation zum Baulinienplan Zentrum und Stadtgraben.

Stadtrat Ruedi Riesen erläutert, nach den Sommerferien werde die Postrasse erweitert. Auf der Parzelle 808 bestehe ein Baubegehren, das die Stadt gutgeheissen habe. Um den Bau entlang der Baulinie zu ermöglichen, müsse man aber die jetzige Baulinie verschieben. Der Zweck des geplanten eingeschossigen Baus sei, darin ein Geschäft einzurichten, das die Strasse beleben solle. Der Grundeigentümer sei mit der Verschiebung der Baulinie einverstanden. Die Änderung würde das Stadtbild nicht beeinträchtigen.

Hans Brodbeck (FDP) teilt mit, in seiner Fraktion sei nicht klar gewesen, ob der Plan die neue oder die alte Baulinie zeige.

Stadtrat Ruedi Riesen erklärt, die Strassenlinie werde fast mit der Baulinie zusammenfallen. Die Stützmauer, die Richtung Stedtli verschoben werde, habe eine Aussenkante mit der Baulinie. Der Fussgängerraum falle dann in die jetzige Strasse. Die Baulinie befinde sich dann gleich am Anfang des Fussgängerbereichs.

Matthias Zimmermann (SP) gibt bekannt, die SP-Fraktion stimme der Vorlage zu. Sie sei ein wichtiges Detail eines grösseren Projekts. Es sei ein kleiner Bau, der aber auch in Sachen Lärm eine weitere Reduktion bringe. Schon deshalb solle man zustimmen. Der Raum für den Bach sei nicht bedroht. Es sei sinnvoll, dort einen Laden oder ein Café zur Belebung der Strasse einzurichten.

://: Die Mutation zum Baulinienplan Zentrum und Stadtgraben wird einstimmig genehmigt.

318 G.4.1.1. Gewässer: Allgemeine Akten

**8. Bericht des Stadtrats betreffend Gewässerbaulinie Orisbach-Allee
(Nr. 2008/209)**

Der Stadtrat schreibt in seinem Bericht zusammenfassend Folgendes:

Mit der Umgestaltung des Platzes Allee / Freihofgasse soll der bestehende Imbiss-Stand durch eine neue Kleinbaute ersetzt werden, die näher an den Orisbach rückt. Für die neue Kleinbaute muss die Gewässerbaulinie im Bereich zwischen Fussgängerbrücke und Schützenstrasse auf 4.0 Meter reduziert werden.

Der Antrag des Stadtrats lautet:

Der Einwohnerrat beschliesst den Gewässerbaulinienplan Orisbach/ Allee.

Stadtrat Ruedi Riesen informiert, es gehe darum, die Platzgestaltung zu realisieren, die der Einwohnerrat genehmigt habe. Der Imbiss-Stand stehe zu weit vorne und würde die Platzgestaltung beeinträchtigen. Die Baulinie müsse deshalb gegen den Orisbach zurückverschoben werden. Die BPK habe sich dafür stark gemacht, den bestehenden Pavillon durch einen neuen zu ersetzen. Bei der neuen Kleinbaute handle sich um eine Holzkonstruktion, die nachts beleuchtet sein werde.

Pascal Porchet (FDP) meint, man könne dieser Vorlage zustimmen. Sie trage dazu bei, dass der Platz schön gestaltet werden könne.

Matthias Zimmermann (SP) fügt hinzu, er schliesse sich seinem Vorredner an.

Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) äussert, auch seine Fraktion sei über die Vorlage erfreut. Sie sei eine Fortsetzung der Vorlage „Platzneugestaltung Allee – Freihofgasse“. Die SVP/CVP/EVP-Fraktion stimme dem Antrag zu.

://: Der Gewässerbaulinienplan Orisbach/ Allee wird einstimmig genehmigt.

Ratspräsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) hält folgende Schlussrede: „Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin, sehr geehrte Frau Stadträtin, sehr geehrte Herren Stadträte, geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen. Wir beenden mit der heutigen Sitzung das Amtsjahr und gleichzeitig die Legislatur. Grund genug, um auf die umfangreiche Arbeit im Rat zurückzuschauen.

Der Rat hat sich mit zukunftsweisenden Geschäften auseinandergesetzt, zum Beispiel mit der Neugestaltung von Plätzen am Stadtkern, die das künftige Bild der Stadt aufwerten sollen. Ratsmitglieder haben in den Kommissionen wichtige Geschäfte beraten und für das Plenum vorbereitet. Ratsmitglieder haben sich in Arbeitsgruppen mit dem Thema Standortförderung befasst und der Stadt Vorschläge zur Verbesserung des Einkaufsstandorts Liestal und zur Unterstützung des Gewerbes unterbreitet.

Das zukunftsweisendste Geschäft, dasjenige über die Revision der Ortsplanung, konnte leider in diesem Amtsjahr nicht abgeschlossen werden. Der neu zusammengesetzte Rat wird sich noch in diesem Jahr damit auseinandersetzen müssen. Der Rat hinterlässt für die kommende Legislatur auch eine grosse Zahl von nicht behandelten Vorstössen.

Mit dem Ratsbetrieb war ich sehr zufrieden. Speziell gefreut hat mich, dass im Rat eine angenehme Gesprächskultur gepflegt wurde und dass man sich trotz harter Diskussionen mit Respekt und Toleranz begegnete.

Mit dem heutigen Tag scheidet aus dem Rat Ernst Gebhard, Susanne Greiner, Hanspeter Mohler, Orla Oeri-Devereux, Peter Schmied und Elisabeth Spiess aus. Ich danke Euch für Euer Mitarbeiten im Rat, Eure engagierten Voten und Eure Arbeit zum Wohl von Liestal. Ich wünsche Euch für Eure weiteren Lebenswege alles Gute und Wohlergehen. In diesen Dank schliesse ich alle wiedergewählten Ratsmitglieder ein.

Ich danke dem Stadtrat für die angenehme Zusammenarbeit. Ich danke dem Vizepräsidenten Franz Kaufmann und den Kolleginnen und Kollegen vom Büro für ihre wertvolle Mitarbeit und der Verwaltung für ihre Unterstützung. Einen besonderen Dank richte ich an unsere Ratssekretärin Beate Kogon. Sie hat grosse Arbeit im Hintergrund geleistet und mich mit ihrer ruhigen Art ideal unterstützt. Abschliessend möchte ich betonen, dass ich die interessante Arbeit in diesem Amtsjahr mit Freude ausgeübt habe und dass ich mit Zufriedenheit auf das Jahr zurückblicke.

Jetzt lade ich Euch zum gemütlichen Teil auf der Sichern ein und schliesse damit die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Die Präsidentin

Margrit Siegrist

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon